

Waterkant

ISSN 1611-1583
Nr. 4 / 23. Jahrgang
Dezember 2008
3,00 €

Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion www.waterkant.info



Zum letzten Mal
als Mitteilungsblatt der
Aktionskonferenz Nordsee e. V. ...

**AKN wird 25 | Seepferdchens Comeback | Offshore-Windkraft
Wilhelmshaven | Schiffs-Emissionen | Eemshaven | Hapag-Lloyd**

Exklusiv in WATERKANT:



Foto: Bundesarchiv B106-37035-3

Munitionsversenkungen durch die BRD Seite 9 ▶

Munitionsversenkungen durch die Bundesrepublik Deutschland

Legende oder Wirklichkeit?

Von Stefan Nehring*

Wenn die Bundesregierung nach dem Verbleib der riesigen Munitionsmengen, die nach Ende des 2. Weltkrieges auf deutschem Boden lagerten, befragt wird, gibt es regelmäßig die gleiche Antwort: »Große Teile wurden von den Alliierten [...] versenkt. Auch [...] wurden weitere Mengen von Kampfstoffen durch die Sowjetunion und die DDR in die Ostsee verbracht. Zudem versenkten Großbritannien und Belgien zwischen 1920 und 1980 Kampfstoffe in der Nordsee und im Atlantik beziehungsweise dem Golf von Biskaya« (1). Versenkungen durch die Bundesrepublik werden nie erwähnt: Gab es sie nie – oder möchte man sich nur nicht daran erinnern?

Als die Bund-Länder-Arbeitsgruppe »Chemische Kampfstoffe in der Ostsee« im Jahr 1993 ihren Abschlussbericht vorlegte, wurde erstmals das ganze Ausmaß von Giftgasversenkungen bekannt (2). Die Experten waren insbesondere überrascht, dass die DDR eigenständig Versenkungen durchgeführt hatte. Anfang 1948 hatte die sowjetische Militäradministration die Entsorgung von Giftgasmunition, die in ihrer Besatzungszone lagerte, in die Ostsee eingestellt. In den Folgejahren wurden aber weiterhin große Mengen extrem gefährlicher Kampfstoffe gefunden. Das Bedrohungspotenzial für die Bevölkerung war immens, so dass die neu gegründete DDR schließlich 1953 einen ersten eigenen Transport zum »internationalen Versenkungsgebiet« nordöstlich von Bornholm im Bereich 55° 15' N, 15° 45' O durchführte. Bis 1965 folgten, unbemerkt durch den Westen, mindestens sechs weitere Fahrten dorthin. Die Giftgasmunition wurde per Hand über Bord gegeben, 1962 wurde auch ein abgewrackter Schiffsrumpf beladen und im Versenkungsgebiet gesprengt. Bis zu 200 Tonnen Munition mit Phosgen, Senfgas und anderen Giften verschwanden in den Tiefen der Ostsee (2).

Nachdem 1953 im Hafenbecken von Wolgast schon 178 Kampfstoffbehälter bei Bauarbeiten gefunden worden waren, förderten zehn Jahre später Bagger und Taucher noch einmal rund 1300 Munitionskörper zu Tage. Dabei enthielten 462 Granaten auch das extrem gefährliche Nervengift Tabun, das geruchlos und damit besonders heimtückisch ist. Schnell war den Verantwortlichen klar, dass hier besonderes Handeln erforderlich ist. Man entschloss sich, die Tabun-Granaten, die

insgesamt sieben Tonnen wogen, in 36 Blöcken einzuzementieren und im Europäischen Nordmeer zu versenken.

Unter dem Codewort »Sylvia« wurde ein Hochseeschlepper gechartert, beladen und am 10. August 1964 unter der Leitung von vier Beauftragten des Ostberliner Innenministeriums auf seine gefährliche Reise geschickt. Die Besatzungsmitglieder mussten Stillschweigen zusichern. Um die Aufmerksamkeit fremder Beobachter nicht auf sich zu lenken, durften nach Verlassen des Skagerraks keine Positionsmeldungen mehr per Funk abgegeben werden. Das An-

laufen eines fremden Hafens bei Problemen wurde untersagt, Schiffe der Fischereiflotte der DDR sollten notfalls Hilfe leisten. Unbemerkt war nach vier Tagen auf hoher See die Versenkungsstelle erreicht und die Blöcke wurden auf 64° 42' N, 01° 36' W in 3100 Metern Tiefe versenkt (2).

Nach Zeugenaussagen gab es weitere Versenkungen durch die DDR. So sollen vier alte Küstenschutzboote »mit Kampfstoffmunition (ca. 50 t) beladen und südwestlich von Rönne versenkt« worden sein (2). Bisher liegt dem Autor nur ein »Befehl des Chefs der Seestreitkräfte« vor, der – ohne Mengenangabe – die Vernichtung von Kampfstoffgranaten durch Versenkung eines derartigen Bootes am 28. März 1957 östlich (nicht südwestlich!) von Bornholm auf 55° 21' N, 15° 37' O veranlasste. Als Zusatz war vermerkt: »Dieser Befehl ist am 15. April 1957 zu vernichten«, was wahrscheinlich bei den Befehlen für die anderen drei Boote konsequenter gehandhabt worden ist. Behauptet wird auch, dass im Libben, dem Fahrwasser zwischen Hiddensee und Rügen, aus einem ehemaligen Rüstungswerk in Barth

Munitionsversenkungen unter deutscher Verantwortung.

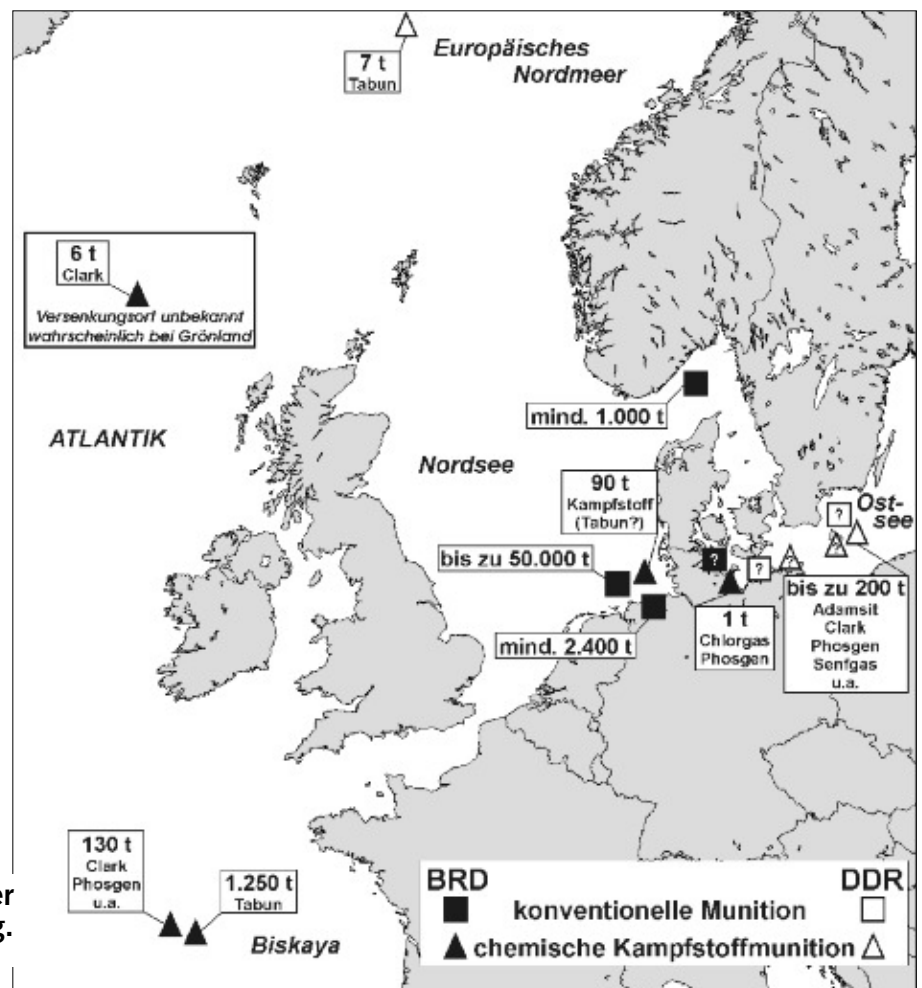




Foto: Bundesarchiv B106-37035-3

Deutsche Tabun-Granaten: Eine tödliche Gefahr.

einige Tonnen Kampfstoffe und andere Produkte entsorgt worden sind. Im Abschlussbericht (2) findet sich aber noch ein weiterer interessanter Hinweis: »Kleiner Belt: Die 69.000 Tabun-Granaten wurden 1959/60 gehoben und im Golf von Biskaya versenkt.« Nähere Informationen zur Bergung und Entsorgung sowie über entsprechende Verantwortlichkeiten erfolgten jedoch nicht.

Im Jahr 2003 hat die Oslo-Paris-Kommission (OSPAR) ihre Vertragsstaaten aufgefordert, bis zum 1. September 2005 alle vorhandenen Informationen über Munitionsversenkungen im Konventionsgebiet vorzulegen. Ende 2005 hat die OSPAR die Meldungen aller Vertragsstaaten mit Ausnahme Portugals veröffentlicht (3). Die Giftgasversenkung durch die DDR im Europäischen Nordmeer ist im Detail aufgelistet, die Versenkung der 69.000 Tabun-Granaten in der Biskaya jedoch nicht. Diese überraschende Diskrepanz war der Auslöser, die Versenkungen unter deutscher Verantwortung näher zu untersuchen.

Rückblende. Der 2. Weltkrieg befand sich in seiner Endphase, das Dritte Reich

hatte rund 300.000 Tonnen Giftgasmunition gehortet. Man befürchtete aber, dass durch alliierte Angriffe ein Kampfstofflager explodieren könnte und die entstehenden tödlichen Wolken vom Gegner als Giftgaseinsatz gewertet würden. Zudem sollte kein neu entwickelter Spitzenkampfstoff wie Tabun dem Feind in die Hände fallen. Als einzige Lösung blieb, die Munition je nach Gefechtslage zu verlagern.

Eine Vielzahl unterschiedlicher Räumungsbefehle folgte, aber nicht immer standen genügend Transportmittel zur Verfügung. Als die feindliche Bedrohung überhand zu nehmen drohte, befahl Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, am 18. April 1945, Kampfstoffe »seewärts abzufahren«. Bis heute ist ungeklärt, wie oft dieser Befehl befolgt worden ist – mit zwei Ausnahmen: So beluden wenige Tage vor der Kapitulation in Flensburg auf dem Harniskai Zahnärzte und Dentisten, die zu einem Fähnrichlehrgang zusammengezogen waren, mehrere Frachter mit 5000 Tonnen Kampfstoffmunition – einige Quellen sprechen sogar von 11.400 Tonnen. Am südlichen Ausgang des Kleinen Belts,

sechs Seemeilen vor der Flensburger Förde, wurde die tödliche Last über Bord geworfen. In denselben Tagen verließen den Kieler Hafen mit gleichem Ziel auch eine Rheinschute und ein Leichter, vollgepackt mit Giftgasmunition. Beide Schiffe wurden in dreißig Meter Tiefe auf Grund gesetzt – und vergessen.

In den ersten Nachkriegsjahren war die Fischerei durch die vielen minenverseuchten Gebiete stark eingeschränkt. Ein Zubrot war nicht nur höchst willkommen, sondern teilweise sogar unentbehrlich. Aufgrund der riesigen Nachfrage nach Rohstoffen und entsprechend hoher Preise entwickelte sich innerhalb weniger Jahre eine leistungsstarke Schrott- und Munitionsfischerei. Ende 1954 wurden dem schleswig-holsteinischen Munitionsräumdienst dabei mehrere unbekannt scharfe Granaten übergeben, die aus einem Wrack vor der Flensburger Förde stammen sollten. Eine sofortige Prüfung ergab, dass sie mit Tabun befüllt waren. Die Anlandung weiterer Granaten aus dem Wrack wurde umgehend verboten, was aber nicht von allen Munitionsfischern befolgt wurde. Schnell wurde klar, dass es sich bei dem Wrack um die erwähnte Rheinschute

handelte. Zudem berichteten Augenzeu- gen, dass noch weitere Kähne dort ver- senkt worden seien.

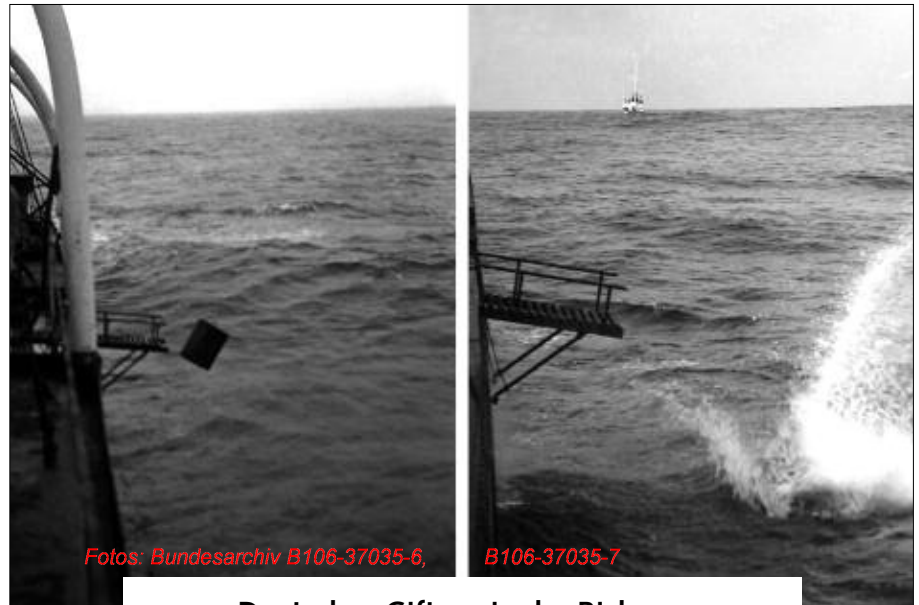
Die Behörden reagierten hektisch – nicht nur, weil die Rheinschute außerhalb deutscher und, zumindest damals, auch außerhalb dänischer Hoheitsgewässer lag. Die Experten wurden sich jedoch schnell einig, dass rasches Handeln unabdingbar sei. Die Schute könnte jederzeit detonieren und eine riesige Giftgaswolke freisetzen. Trotz dieser Gefahr nur wenige Kilo- meter vor der eigenen Küste vertrat das Land Schleswig-Holstein die Auffassung, dass es »ausschließlich Sache des Bundes sei, die notwendigen Maßnahmen zur Be- seitigung des Gefahrenherdes in die Wege zu leiten« – und damit natürlich auch zu bezahlen. Die Bundesregierung lehnte strikt ab: Fremdes Eigentum sei nicht ver- letzt, hieß es. Die Unruhe in der Bevölke- rung und vor allem der politische Druck aus Dänemark wurden jedoch immer grö- ßer. Es dauerte dennoch fast vier Jahre, bis der Bundesfinanzminister eine Kosten- übernahme zusicherte, wobei dem Land Schleswig-Holstein die Verantwortung für die Durchführung der Maßnahme aufer- legt wurde.

Nur Pulverkisten?

Inzwischen war bei der Suche nach weiteren Wracks in direkter Nähe auch der Leichter gefunden worden, allerdings laut Taucheruntersuchungen nur mit Pulverkisten beladen. Da eine Bergung der Kampfmittel vor Ort als zu gefährlich angesehen wurde, wurde im Mai 1959 als erstes dieser Leichter komplett gehoben, in Richtung Kiel geschleppt und vor Heidkate (Landkreis Plön) im seichten Wasser abgesetzt. Im November folgte die Hebung der Rheinschute, wegen der großen Gefahr durch das Tabun wurde sie in die geschützte und nur dünn besiedelte Geltinger Bucht geschleppt, abgesetzt und dort entladen.

Rasch stellte sich allerdings heraus, dass unter den Pulverkisten im Leichter scharfe Tabun-Granaten der Kaliber 10,5 und 15 Zentimeter in großer Anzahl ein- gelagert waren. Trotz dieser akuten Ge- fahrenlage für die Kieler Bevölkerung ent- schloss sich die Landesregierung aber erst nach einem Jahr, das Wrack wieder zu heben und ebenfalls in die Geltinger Bucht zu schleppen.

Das vormalige Konzept, alle Granaten zu delaborieren, wurde durch den schles- wig-holsteinischen Innenminister schnell verworfen. Der Bundesverkehrsminister sollte vielmehr Versenkungsstellen im Meer benennen, an denen eine gefahrlose



Deutsches Giftgas in der Biskaya: Versenkt und vergessen.

Entsorgung möglich wäre. Das anschlie- ßend befragte Deutsche Hydrographische Institut (DHI), das heutige Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, favori- sierte das Europäische Nordmeer. Da aber nur ein alter Frachter »billig gechartert werden konnte«, beharrte der Kieler In- nenminister trotz vehementen Einspruchs des Bonner Verkehrsministeriums auf der westlichen Biskaya als »günstiger gelege- ner Notablagungsstelle«. Neben akuten Umweltgefahren befürchtete die Bundes- regierung unabsehbare diplomatische Fol- gen, falls diese Versenkungsposition direkt bekannt würde. Zudem stelle die in der südlichen Nordsee »noch immer andau- ernde Minengefahr« eine besondere Ge- fahr für die geplante Fahrtstrecke dar. Eine reale Sorge, wie sich zeigte. Im Janu- ar 1960 und 1962 beschädigten detonie- rende Grundminen zwei Frachter zwi- schen Borkum und Schiermonnikoog schwer.

Schleswig-Holstein jedoch wischte alle Bedenken vom Tisch, bekam letztlich das Plazet des Bundesverkehrsministeriums und belud für eine erste Versenkungsfahrt den Frachter »August Peters« mit 27.862 scharfen Tabun-Granaten, die direkt nach der Bergung in 1600 Fässern einzemen- tiert worden waren. Am 8. März 1960 verließ der Frachter Kiel, für alle Notfälle begleitet von einem Hochseeschlepper, und löschte seine Ladung vom 14. bis 18. März bei langsamer Fahrt rund 150 See- meilen vor der nordspanischen Küste im Bereich 46° 00' N, 08° 45' W auf 4700 Meter Wassertiefe. Die französische Küs- tenfunkstelle Calais bemerkte den Trans-

port, konnte aber die Versenkungsposition nicht in Erfahrung bringen. Der Presse teilten die Behörden lapidar mit, dass die Fahrt Richtung offener Atlantik gehen würde. Der Kapitän hätte weitgehende Option, einen geeigneten Versenkungs- platz aufzusuchen.

Und das Kieler Innenministerium beton- te, »es handelt sich nicht mehr um Munition, sondern um Betonklötze«. Nach Rückkehr wurde der Frachter erneut bela- den und am 12. August 1960 mit den restlichen 41.213 Granaten in 1771 Fäs- sern wieder Richtung westliche Biskaya zur ersten Versenkungsstelle geschickt. Nahe Brest kam es zu einer Morseeanfrage mit Scheinwerfern, die der Kapitän jedoch nur ausweichend beantworten ließ. Nach Löschen des letzten Fasses am 21. August 1960 trat man die Rückreise an. Insgesamt wurden 1250 Tonnen Giftgasmunition entsorgt, was die Bundesregierung da- mals sogar als humanitären Akt gewertet wissen wollte (4).

Da seinerzeit Tabun immer noch als Spitzenkampfstoff galt, nutzte man die Chance und versenkte nicht alle geborge- nen Granaten. 248 Tabun-Geschosse wurden unter anderem der frisch gegrün- deten Bundeswehr unter Verteidigungsmini- ster Franz-Josef Strauß (CSU) sowie Frankreich für Versuchszwecke überlas- sen. Und da »das Vorhaben mit besonde- rer Umsicht und Sorgfalt durchgeführt wurde«, regte Bundesinnenminister Her- mann Höcherl (ebenfalls CSU) im Februar 1962 an, »zu prüfen, ob die Personen, die sich bei der Vernichtung der Munition be- sondere Verdienste erworben haben, zur



**Deutsche Munitionsversenkungen -
Gasmasken waren oftmals Pflicht!**

Verleihung des Bundesverdienstkreuzes vorgeschlagen werden sollten«.

Kaum war die Aktion »August Peters« abgeschlossen, forderte das Land Rheinland-Pfalz die Bundesregierung auf, rund 130 Tonnen Gasmunition aus dem 1. Weltkrieg zu beseitigen, die im Jahre 1921 auf einem bundeseigenen Gelände in Monzingen bei Bad Kreuznach verscharrt worden waren. Messungen hatten ergeben, dass Giftstoffe schon ins Grundwasser eingesickert waren. Beim Öffnen der Munitionsgräber fand man vor allem russische Giftgasgranaten mit Phosgen sowie tausende Flaschen mit Clark, die aus der Delaborierung von Blaukreuz-Munition stammten. Schnell waren sich die Behörden einig, die Entsorgung wieder kostengünstig in der westlichen Biskaya vorzunehmen. Das DHI gab zumindest zu bedenken, dass das Giftgas Clark stark arsenhaltig sei. Sollte es einmal frei werden, so würde dies unter Umständen eine erhebliche Beeinträchtigung der Meeresumwelt nach sich ziehen. Trotz dieser Warnung wurden die

insgesamt 26.260 Munitionskörper in 467 Fässer einzementiert und mit Genehmigung des Bundesverkehrsministeriums per Bahn nach Nordenham transportiert. Dort wartete schon der vom Bundesverteidigungsministerium gecharterte Dampfer »Bonita« auf seine gefährliche Fracht. Am 3. April 1962 legte der beladene Dampfer ab, um vier Tage später direkt westlich des »August Peters«-Gebietes – im Bereich 46° 08' N, 10° 16' W – die Giftfässer heimlich über Bord zu geben. Auch diesmal wurde die Presse über den genauen Versenkungsort im Unklaren gelassen.

Ob es noch weitere deutsche Munitionsversenkungen in der Biskaya gegeben hat, ist momentan unklar. Zumindest wurden im Mai 1967 sogar 180 Tonnen Atom- müll aus dem Forschungszentrum Karlsruhe dort entsorgt (5).

Nebulös ist bisher eine Kampfstoffversenkung, bei der das Land Nordrhein-Westfalen eine entscheidende Rolle spielte. Nach dem Tod einer jungen Frau in Ratin- gen am 25. Dezember 1957 nach Genuss

von Brunnenwasser ergaben die Ermittlungen, dass auf einem nahegelegenen Schrottplatz sechs Tonnen Clark-Presslinge aus dem 1. Weltkrieg vergraben worden waren. Durch freigesetztes Arsen war das Grundwasser verseucht worden. Der zuständige Innenminister wandte sich an die Bundesregierung mit der Bitte um Unterstützung. Man gedenke, die Presslinge auf See zu versenken. Das eingeschaltete DHI empfahl, neben Seegebieten zwischen Island und den Färöern, als »noch sicherer ein Gebiet westlich der Südspitze Grönlands«. Hierauf erwiderte das Bundesverkehrsministerium, dass eine Entsorgung »in aufzufüllenden Hohlräumen von Bergwerken zweckmäßiger und billiger sein dürfte«. In einem Bericht über chemische Kampfstoffe in Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 1980 bestätigte der amtierende Innenminister in knappen Worten, dass »die Gifte im August 1960 durch Versenken im Nordatlantik (Nähe Grönland) beseitigt wurden«.

Senfgas vor Heidkate?

Auch die mindestens 5000 Tonnen Giftgasmunition, die vor der Flensburger Förde im April 1945 lose versenkt worden sind, bedrohen bis heute die Menschen an der Küste und die Umwelt. Eine dauerhafte Überwachung, die Experten der Behörden schon 1973 intern empfohlen hatten, wurde jedoch nicht umgesetzt. Anfragenden Medien wurden bisher nur selektierte Informationen mitgeteilt, um kritische Nachfragen zu verhindern. Ungeklärt bis heute ist zudem, ob die Zeugenaussage stimmt, dass im April und Mai 1945 in der Kieler Bucht (vor Heidkate?) – nur 1.500 Meter vom Strand entfernt – im Wehrmichtsauftrag eine größere Anzahl Eisenflaschen mit Senfgas versenkt worden ist.

Anfang der 1990er Jahre erkannte auch die Helsinki-Kommission (HELCOM), dass die in der Ostsee lagernden Kampfstoffe eine unberechenbare Gefahr darstellen könnten. Um einen ersten Überblick zu erlangen, wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, alle Erkenntnisse über Giftgasversenkungen zu melden. Ein anschließender erster zusammenfassender Bericht der HELCOM verzeichnete für die deutsche Ostseeküste eine Versenkungsstelle in der Lübecker Bucht (6). Umgehend forderte das Bundesverkehrsministerium das zuständige (nunmehr von »DHI« umbenannte) Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie auf, »Falschmeldungen« im HELCOM-Bericht korrigieren zu lassen (7). Es gebe »keine Hinweise über Versenkungen



Deutsche Munition wartet auf fachgerechte Entsorgung.

von Kampfgasen in der Lübecker Bucht«. In allen nachfolgenden Berichten der HELCOM wird die Lübecker Bucht nie wieder erwähnt.

Also alles nur ein Versehen? Mitnichten. Schon 1970 berichtete das Fischereiamt Schleswig-Holstein, »dass sich vor der Travemündung auf 54° 04,5' N, 11° 02,3' O zahlreiche versenkte Gasflaschen mit gefährlichen Gasen befinden« (8). Fischer wurden aufgerufen, »Vorsicht walten zu lassen«. Das Bundesverkehrsministerium wird neun Jahre später konkret: In der Lübecker Bucht lägen »13 Gasflaschen mit 520 Liter Chlorgas« sowie »eine Gasflasche mit 10 Liter Phosgen«, heißt es in einem Brief an das Bundeskanzleramt (7). Auch im Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe (2) wird die Lübecker Versenkungsstelle zwar erwähnt, jedoch mit dem Vermerk, es handele sich um »keine chemische Munition«, sondern nur um »Chemikalien«.

Auf Druck von Naturschützern, Politikern und der Öffentlichkeit wurde Anfang 2008 eine erste Suche nach den Giftgasflaschen vor den Stränden der Lübecker Bucht durchgeführt. Sie wurden nicht ge-

funden, dafür jedoch viele alte Fliegerbomben und Grundminen.

Bis heute ist ungeklärt, woher die Gasflaschen stammen und wer für die Versenkung, die am 10. Februar 1961 stattgefunden haben soll, verantwortlich zeichnete. Phosgen und Chlorgas sind Chemikalien, aber auch chemische Kampfstoffe, die in den Weltkriegen in großen Mengen produziert worden sind. Es lässt sich natürlich momentan trefflich darüber streiten, ob die Giftgasflaschen einen militärischen Hintergrund hatten oder nicht. Konsequenterweise wird aber bis heute durch die Behörden behauptet, dass in den deutschen Küstengewässern nie Giftgas – egal in welcher Form – versenkt worden sei (1).

Ortswechsel: 1980 berichtete die damalige Bezirksregierung Weser-Ems in Oldenburg dem niedersächsischen Innenminister, dass unter Aufsicht des Leiters des Kampfmittelräumdienstes Hannover sowie unter Begleitung eines Bootes der Wasserschutzpolizei am 27. September 1949 nachts 90 Tonnen Kampfstoffmu-

munition etwa 2,5 Seemeilen südlich von Helgoland auf 54° 08' N, 07° 53' O versenkt worden seien. Zeugenaussagen und Aufzeichnungen im offiziellen Tagebuch der Wasserschutzpolizei würden dies eindeutig belegen. Rund 6000 deutsche Gasgranaten, befüllt wahrscheinlich mit Tabun, waren an einem Bahndamm im Landkreis Diepholz freigelegt und anschließend auf das Kümo »Anna« verladen worden.

Vertreter des niedersächsischen Umweltministeriums und des Kampfmittelräumdienstes wiesen im Jahr 2000 diese Angaben jedoch als »zweifelhaften Bericht« zurück (9) und stellten fest: »Glaubwürdige oder sogar gesicherte Erkenntnisse, die auf eine gezielte Versenkung von Kampfstoffmunition in der Deutschen Bucht schließen lassen, liegen nicht vor«. Warum dieses Leugnen? Hat das vielleicht damit zutun, dass niedersächsische Behörden Kampfstoffe in heute schleswig-holsteinischen Gewässern versenkt haben und man Angst vor Regressansprüchen hat?



Foto: Bundesarchiv B106-37635-5

Das Gasgranatenschiff »August Peters« auf dem Weg zur Biskaya.

Vergleicht man die Giftgasversenkungen beider deutscher Staaten, steht eindeutig fest, dass die westdeutschen Behörden mehr als die fünffache Menge im Meer entsorgt haben. Auf die Frage: »Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Deutschland für die durch die DDR in der Ostsee verklappten chemischen Kampfstoffe als Rechtsnachfolger verantwortlich ist?« antwortete die Bundesregierung 1996 selbstbewusst (1): »Nein. Mit dem 3. Oktober 1990 ist die DDR ersatzlos weggefallen und als Rechtssubjekt untergegangen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht deren Gesamtrechtsnachfolgerin«. Und was ist mit der Verantwortung für die eigenen Giftgasversenkungen?

In weit größeren Dimensionen bewegen sich die deutschen Versenkungen konventioneller Munition. In den 1950er Jahren wurden durch Munitionsfischer mehrere hunderttausend Tonnen Munition aus den westdeutschen Küstengewässern geborgen, um sie einer wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen. Nicht jeder Munitionstyp eignete sich jedoch dafür. In den Verwertungsbetrieben sammelten sich daher immer mehr gefährliche Munitionskörper an. Durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung wurde dem größten Betrieb, Kaus & Steinhausen in Wilhelms-

haven, erlaubt, nicht delaborierbare Munition im Bereich der Hooksielplate in der Jade und südlich von Helgoland wieder zu versenken.

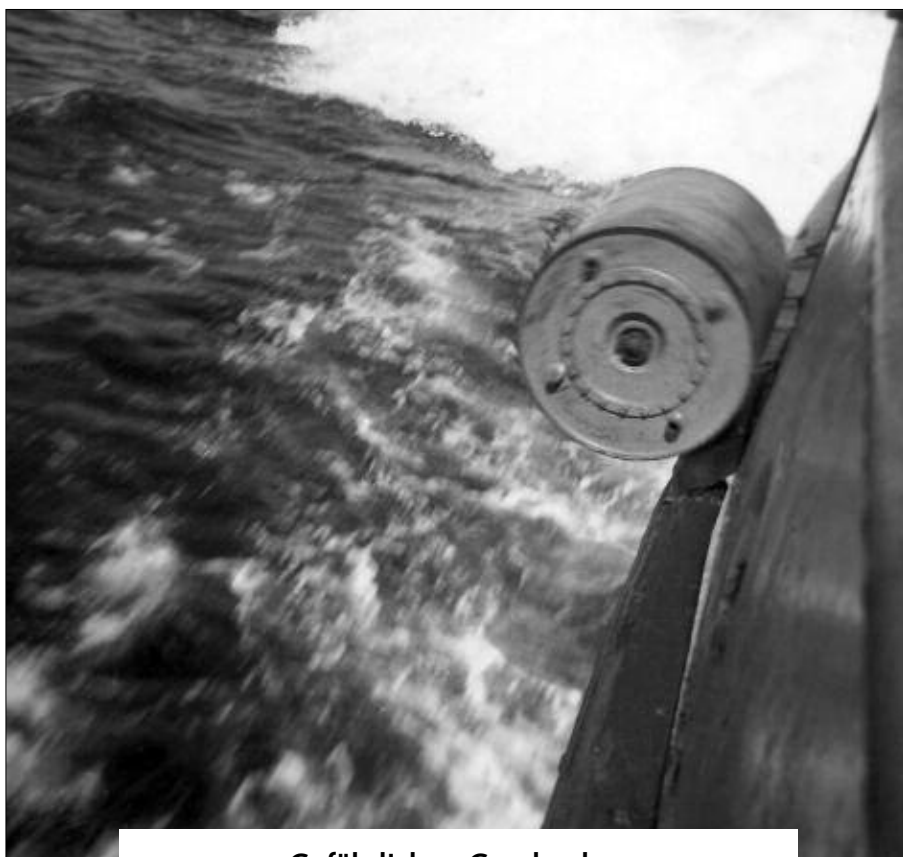
Leider konnten bis heute kaum Unterlagen zu den Rückversenkungen aufgefunden werden. Die Firma Kaus & Steinhausen schätzte im April 1954, dass sich in der Jade mindestens 2000 Tonnen besonders gefährliche Munition auf der Wiederversenkungsstelle angesammelt hätten. Im November 1954 wurde eine Rückversenkung von Munition in Niedersachsen offiziell verboten, jedoch intern war den Behörden bewusst: »Die Versenkungsverbote werden laufend übertreten!« (10). So wurden zwischen 1957 und 1962 auch im Rahmen der Fahrwasservertiefungen der Jade mindestens 400 Tonnen Munition gebaggert und bei der Hooksielplate illegal wieder versenkt.

Die meiste konventionelle Munition wurde offensichtlich bei Helgoland und vor den Ostfriesischen Inseln rückversenkt. Nach ersten Schätzungen scheint eine Größenordnung von bis zu 50.000 Tonnen Munition realistisch. Das Versenkungsgebiet bei Helgoland wurde bis mindestens Ende 1959 dazu genutzt, den »unrentablen« Anteil von überlagerter

Munition, die auf dem Landweg aus amerikanischen und englischen Beständen an die Firma Kaus & Steinhausen gelangte, zu entsorgen. Hierbei fielen monatlich 20 bis 50 Tonnen Munition an.

Durch eine schwere Explosionskatastrophe am 26. März 1953 wurde das Firmengelände von Kaus & Steinhausen in Wilhelmshaven stark verwüstet. Die Behörden verfügten darauf, dass ab Februar 1954 nur noch sichere Munition durch Munitionsfischer angelandet werden dürfe. Das bedeutete, dass alle gefährlichen Munitionstypen bis zur Einstellung der Munitionsfischerei 1958 immer wieder gleich an Bord rückversenkt werden mussten.

Am 27. Januar 1958 verfügte der Bundesverkehrsminister die »Aufhebung aller Munitionsversenkungsgebiete an der deutschen Nord- und Ostseeküste«. Nur noch in Ausnahmefällen wurde dort eine Munitionsentsorgung gestattet. Antragstellern wurde empfohlen, Versenkungen allenfalls im Skagerrak vorzunehmen, wo die britische Admiralität im Jahre 1945 eine Versenkungsstelle eingerichtet hatte. Denn zu damaliger Zeit bewegten sich die Munitionsversenkungen auf hoher See im rechtsfreien Raum. Es gab noch keine Gesetze oder Konventionen, die die Entsorgung außerhalb der Drei-Seemeilen-Zone, die damals die Grenze eines Ho-



Gefährliche »Geschenke« für Mensch und Umwelt.

heitsgebietes markierte, wirkungsvoll unterbinden konnte. Nur die Verladung in den Häfen und der Transport durch die Hoheitsgewässer waren genehmigungspflichtig. Das änderte sich erst ab 1975, nachdem die »London-Konvention« zur Abfallbeseitigung auf See in Kraft getreten war.

Allein für das Jahr 1960 sind sechs durch die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung genehmigte Versenkungsfahrten zum Skagerrak belegt, bei denen mindestens 1000 Tonnen veraltete NATO-Munition entsorgt wurden. Bei einer siebten offiziellen Fahrt kam es am 7. Dezember 1960 vor Spiekeroog jedoch zu einer Explosion. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte der Kapitän versucht, illegal 160 Tonnen Munition zu versenken. Die Behörden vermuteten anschließend, dass auch bei anderen Gelegenheiten Munition in der Deutschen Bucht entsorgt worden ist.

Auch in der DDR gab es offensichtlich Versenkungen konventioneller Munition. Ein Augenzeuge berichtete, dass er als Kommandant des Trockenleichters »941« der Volksmarine 1965 elfmal Bomben und Panzerfäuste östlich von Bornholm versenkt habe. Es ist zu vermuten, dass die Küstengewässer der DDR ebenfalls benutzt wurden, Unterla-

gen konnten bisher aber nicht gefunden werden.

An der schleswig-holsteinischen Ostseeküste wurden ebenfalls – in noch genauer zu bestimmender Quantität – eigene Versenkungen konventioneller Munition durchgeführt. So wurden zum Beispiel im Herbst 1964 durch den Kieler Munitionsräumdienst 34 Tonnen überlagerte britische Fliegerbomben in die Ostsee entsorgt. Munitionsfischer versenkten zwischen 1956 und 1958 vor

Travemünde mindestens 400 Tonnen brisanter Munition. Nachfolgend wurde diese von den behördlichen Munitionsräumern jedoch sukzessive gesprengt. Dabei wurde am 22. August 1958 ungeplant eine heftige Reihendetonation ausgelöst, wodurch ein Schiff stark beschädigt wurde. Man hatte vergessen zu überprüfen, ob im Sediment nicht noch verborgene Munition lagerte.

Ein besonderes Problem stellen schließlich die vielen Übungs- und Schießgebiete der Militärs an den deutschen Küsten dar. Seit Zeiten des Kaiserreichs hat es hier unkontrollierbar hohe Munitionseinträge gegeben. Die Bundeswehr sah sich aktuell sogar genötigt, den Betreiber der geplanten Ostseepipeline eindringlich davor zu warnen (11). Auf Grund der vielen Blindgänger – ihr Anteil wird auf bis zu 30 Prozent geschätzt – bildet zudem neue Munition eine wachsende Gefahrenquelle, die nicht unterschätzt werden darf und auch schon erste Todesopfer gefordert hat (11).

Ein kurzes Fazit: Die Legende, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Munitionsvsenkungen eigenverantwortlich durchgeführt hat, ist widerlegt. Trotz der Gefahrenlage und internationaler Vereinbarungen bilden die deutschen Bundes- und Landesbehörden aber nach wie vor eine Allianz des Verschweigens. Durch den aktuellen Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (12), »die Zeitbombe der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee zu entschärfen«, hat die Bundesregierung jetzt die historische Chance, das Problem der fremden und eigenen Munitionsvsenkungen endgültig zu lösen. Es gilt, endlich Verantwortung für Mensch und Umwelt zu übernehmen. ◀

Anmerkungen:

* Dr. Stefan Nehring ist Leiter des Koblenzer Gutachterbüros AeT umweltplanung (www.aet-umweltplanung.de).

1. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/4652 vom 17. Mai 1996
2. Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (Hrsg.): Chemische Kampfstoffmunition in der südlichen und westlichen Ostsee; Hamburg 1993
3. OSPAR: Overview of past dumping at sea of chemical weapons and munitions in the OSPAR maritime area (revised); London 2005
4. Groehler, O.: Der lautlose Tod; Verlag der Nation, Berlin 1984
5. Niedersächsischer Landtag, Kleine Anfrage von Stefan Wenzel (Grüne) am 25. November 2008
6. HELCOM: Compilation of information on dumping sites of war gas ammunition; Helsinki 1992
7. »Süddeutsche Zeitung« vom 1. Februar 2008
8. Pape, A.: Fischer! Vorsicht vor Giftgasmunition! Fischerblatt 18, S. 206-207, 1970
9. Rapsch, Hans-Jürgen, und Fischer, Udo: Munition im Fischernetz; Isensee Verlag, Oldenburg 2000
10. Der Bundesminister für Verkehr, Vermerk vom 24. März 1955 über Fragen der Munitionsbergung
11. siehe auch WATERKANT, 23. Jahrgang, Heft 1 (März 2008), Seite 5 ff.
12. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/9103 vom 7. Mai 2008